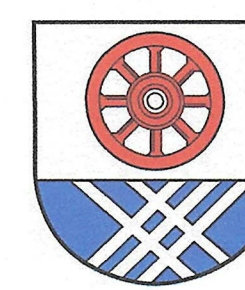


SATZUNG DER STADT BARGTEHEIDE ÜBER DIE 5. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 11 „An der Alten Landstraße“



Präambel

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3834), der zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist sowie nach § 94 der Landesbauordnung (LBO) in der Fassung vom 22.01.2009 (Ges. v. 01.10.2019, GVBl. S. 398) wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 23.06.2022 folgende Satzung über die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 der Stadt Bargteheide für das Gebiet im Norden begrenzt teilweise durch die südöstliche Grenze des Flurstückes 33/38, durch die südöstliche Grenze des Flurstückes 33/40, 33/41, 33/42, kreuzt die Augusta-Stolberg-Straße, teilweise durch die nördliche Grenze der Augusta-Stolberg-Straße und kreuzt die Alte Landstraße, im Osten teilweise durch die östliche Grenze der Alten Landstraße, westlich „Alte Landstraße“ und nördlich „Jersbeker Straße“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen.

Erhaltung von Bäumen:

Fachliche Grundlagen zur Erhaltung der Bäume sind die DIN 18920 „Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ und die RAS-LPA „Richtlinien für die Anlage von Straßen Teil: Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen“.

Baumschutzsatzung:

Es gilt die Satzung der Stadt Bargteheide zum Schutz von Bäumen (Baumschutzsatzung) vom 14.03.2019.

Rechtsfolgen:

Im Geltungsbereich der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 „An der Alten Landstraße“ werden alle Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 11 einschließlich dessen rechtswirksamen 1. Änderung für den Bereich des Planungsbereiches durch diese 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 ersetzt.

Vorschriften:

Die der Planung zugrunde liegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse u. a.) können im Rathaus der Stadt Bargteheide, 1. Obergeschoss/Neubau, Zimmer 0 34a, Rathausstraße 24-26 in 22941 Bargteheide, während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden. Soweit auf DIN-Vorschriften / technische Regelwerke in der Bebauungsplankunde verwiesen wird, finden diese jeweils in der bei Erlass des Bebauungsplanes geltenden Fassung Anwendung und werden ebenfalls bei der Stadt Bargteheide zur Einsichtnahme bereitgehalten.

Definition der Verkaufsfläche:

Bei der Ermittlung der Verkaufsflächen (vgl. Urteil BVerwG 4 C 14.04 vom 24. November 2005) sind alle Flächen einzubeziehen, die vom Kunden betreten werden können oder geeignet sind. Verkaufsschlüsse zu fördern bzw. zu Verkaufszwecken eingesetzt werden können, aus hygienischen oder anderen Gründen vom Kunden aber nicht betreten werden dürfen (z. B. Fleisch- und Käsetheke mit Bedienung). Ebenso zur Verkaufsfläche gehören die Bereiche, in die die Kunden nach der Bezahlung gelangen sowie Pflanzräume, die vom Kunden betreten werden können. Eine überdachte Fläche zum Absteilen von Einkaufswagen außerhalb des Gebäudes eines Lebensmittelmarktes ist laut Entscheidung des BVerwG vom 09.11.2016 (Az. 4 C 1716) dagegen nicht Teil der Verkaufsfläche. Auch Flächen vor Notausgängen zählen laut Beschluss des BVerwG (Az.: 4 B 9 19) nicht zur Verkaufsfläche.

Errichtung des Stellplatz- und Abstellplatzbedarfes:

Zur Ermittlung des Stellplatz- und Abstellplatzbedarfes ist die „Änderung der Richtlinie der Stadt Bargteheide als Orientierungsgrundlage z.B. für die mögliche Festsetzung von Stellplätzen in Bebauungsplänen und/oder für den Abschluss städtebaulicher Verträge nach § 11 Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Bargteheide (vom 12.12.2019) zu beachten.

Denkmalschutz:

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 16 DStMB (in der Neufassung vom 30.12.2014) der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.

Alltlasten:

Sollte bei der Umsetzung der Bauvorhaben Bodenverunreinigungen zu Tage gefördert oder bemerkt werden, ist die untere Bodenschutzbehörde des Kreises Stormarn unverzüglich zu unterrichten.

SATZUNG DER STADT BARGTEHEIDE - KREIS STORMARN - ÜBER DIE 5. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 11 „An der Alten Landstraße“

Für das Gebiet:
im Norden begrenzt teilweise durch die südöstliche Grenze des Flurstückes 33/38, durch die südöstliche Grenze der Flurstücke 33/40, 33/41, 33/42, kreuzt die Augusta-Stolberg-Straße, teilweise durch die nördliche Grenze der Augusta-Stolberg-Straße und kreuzt die Alte Landstraße, im Osten teilweise durch die östliche Grenze der Alten Landstraße, westlich „Alte Landstraße“ und nördlich „Jersbeker Straße“

ÜBERSICHTSPLAN



- SATZUNG -

Bestandteile- und Verfahrensvorläufer	Planverfasser:	Maßstab:	Planungsstand:
Ausschuss für Planung und Verkehr vom 28.04.2022	BSt/Bauamt	BSt/Bauamt (im Original)	15.03.2022
Ausfertigung vom 23.06.2022	24613 Aukrug		(Plan Nr. 3.0)
Gesamtabwägung / Satzungsbeschluss / Bekanntmachung (Bebauungsplan der Innenentwicklung)			



VERFAHRENSVERMERKE

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsschlusses des Ausschusses für Planung und Verkehr vom 22.04.2021. Die örtliche Bekanntmachung des Aufstellungsschlusses ist durch Abdruck in dem „Stormarn Tageblatt“ am 15.11.2021 erfolgt.
- Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist am im Rahmen der öffentlichen Beratungen im Ausschuss für Planung und Verkehr zuletzt am 30.09.2021 durchgeführt worden.
- Von der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen worden.
- Der Ausschuss für Planung und Verkehr hat am 30.09.2021 den Entwurf der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
- Der Entwurf der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie die Begründung haben in der Zeit vom 25.11.2021 bis zum 30.12.2021 (einschließlich) während folgender Zeiten: von Montag von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 14.00 bis 16.00 Uhr, Dienstag 7.30 bis 12.30 Uhr und 14.00 bis 16.00 Uhr, Mittwoch 8.30 bis 12.30 Uhr, Donnerstag 14.30 bis 18.00 Uhr, Freitag 8.30 bis 12.30 Uhr im Rathaus der Stadt Bargteheide (1. Obergeschoss/Neubau, Zimmer 0 34a) nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder Niederschrift abgegeben werden können, durch Bereitstellung im Internet am 11.11.2021 örtlich bekannt gemacht worden. Auf die Bereitstellung im Internet ist am 15.11.2021 durch Abdruck im „Stormarn Tageblatt“ hingewiesen worden. Hierbei ist darauf hingewiesen worden, dass im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB keine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt worden ist. Zugleich ist darauf hingewiesen worden, dass nicht fristgerecht abgelegene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können. In der Bekanntmachung ist auf die Einschränkung der Einsichtnahme der Planunterlagen mit Blick auf die Ausbreitung des Coronavirus verwiesen worden. Der Inhalt der Bekanntmachung der Auslegung der Planunterlagen und die nach § 3 Absatz 2 BauGB auszulegenden Unterlagen wurden unter www.bargteheide.de ins Internet eingestellt und über das Landesportal öffentlich zugänglich.
- Die von der Planung berührten Behörden und die sonstigen Planungsträger sowie die anerkannten Naturschutzverbände sind nach § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 20.11.2021 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden. Die Stellungnahmen wurden nach § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 20.11.2021 von der Planung unterrichtet. Bargteheide, 04.11.2022

Bürgermeisterin
Bürgermeister

ZEICHENERKLÄRUNG

Planzeichenerklärung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.

Plan-zeichen	Erläuterung	Rechtsgrundlage
	Grenze des räumlichen Planungsgebietes der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11	§ 9 Abs. 7 BauGB
	Art und Maß der baulichen Nutzung	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
	Sonstige Sondergebiete, „Großflächiger Einzelhandelsbetrieb - Nahversorgung“ (s. Teil B - Text, Ziffer I, 1.1.1 bis 1.1.5)	§ 11 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO
	Höchstzulässige Gesamt-Grundflächenzahl (GRZ-Gesamt) (s. Teil B - Text, Ziffer I, 2.3)	§ 16 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO
	Höchstzulässige Firsthöhe (unterer Höhenbezugspunkt s. Nutzungsschablonen und s. Teil B - Text, Ziffer I, 2.1 + 2.2)	§ 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO
	Zahl der Vollgeschosse	§ 16 Abs. 4 BauNVO
	Bauweise / Baugrenzen	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
	Abweichende Bauweise (s. Teil B - Text, Ziffer I, 3)	§ 22 Abs. 4 BauNVO
	Baugrenze (s. Teil B - Text, Ziffer I, 2.4)	§ 23 BauNVO
	Satteldach / Dachneigung mit Mindest- und Höchstmaß (s. Nutzungsschablone und Teil B - Text, Ziffer I, 2.1.1)	§ 9 Abs. 9 BauGB i.V.m. § 84 LBO
	Verkehr	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
	Ein- und Ausfahrtsbereich (zugunsten des SO-Gebietes „Einzelhandel - Nahversorgung“ und s. Teil B - Text, Ziffer I, 7)	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
	Flächen für die Abfall- und Abwasserbeseitigung	§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB
	Wertstoffcontainer	§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB
	Planungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur, Boden und Landschaft und zur Grünordnung	§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB
	Bäume zu pflanzen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Bäume zu erhalten (s. Teil B - Text, Ziffer I, 5.3)	§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB
	Bäume außerhalb des Plangeltungsbereiches mit Einwirkungen auf das Plangebiet	§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB
	Immissionsschutz	§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB
	Umgrenzung von Flächen / Maßnahmen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkung im Sinne des BImSchG (s. Teil B - Text, Ziffer I, 6)	§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB
	Schallschutzmaßnahme in Form einer Lärmschutzwand / Lärmschutzelement mit Angabe zur abschirmenden Höhe in Meter (s. Teil B - Text, Ziffer I, 6.1, 6.1.1 + 6.1.2)	§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB
	Sonstige Planzeichen	§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Gemeinschaftsanlagen (s. Teil B - Text, Ziffer I, 4.1 bis 4.3)	§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB
	Stellplätze (zugunsten des SO-Gebietes „Nahversorgung“)	§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB
	Fahrradstellplätze, auch mit Überdachung / Nebenanlagen (zugunsten des SO-Gebietes „Einzelhandel - Nahversorgung“)	§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB
	Bemaßung in Meter	
	Standort Werbeplak - Planung (s. Teil B - Text, Ziffer I, 1.1.3 und Ziffer II, 3.1)	
	II. Darstellungen ohne Normcharakter	
	Vorhandene bauliche Anlagen	
	Flurstücksbezeichnung	
	Flurstücksgrenze	
	Höhenpunkt über NN	
	Böschung der Versicherungsmulden	

III. Nachrichtliche Übernahme

Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung	Art der baulichen Nutzung
Anzahl der Vollgeschosse	Anzahl der Vollgeschosse
Maß der baulichen Nutzung höchstzulässige Gesamt-Grundflächenzahl (GRZ-Gesamt)	Bauweise
höchstzulässige Gebäude- bzw. Firsthöhe mit Angaben zum unteren Höhenbezugspunkt	
Dachform / Dachneigung	

Wasserschutzgebiet für die Wassergewinnungsanlagen der Holstein Wasser GmbH, Neumünster, in Bargteheide (Wasserschutzgebietssatzung Bargteheide vom 27.01.2012) § 9 Abs. 6 BauGB

TEIL B: TEXT

- ### I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN
- #### 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
- ##### 1.1 Nutzungskatalog für das Sonstige Sondergebiet „Großflächiger Einzelhandelsbetrieb - Nahversorgung“ (§ 11 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO)
- Innere des festgesetzten Sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Großflächiger Einzelhandelsbetrieb - Nahversorgung“ ist bei einer Verkaufsfläche von maximal 1.000 m² eine Nutzung ausschließlich als Lebensmittelmarkt zulässig.
 - Die Aufstellung mobiler Verkaufstände ist im Sonstigen Sondergebiet „Großflächiger Einzelhandelsbetrieb - Nahversorgung“ ausnahmsweise zulässig. Die von diesen Verkaufständen beanspruchte Grundfläche darf 25 m² nicht überschreiten.
 - Zulässig ist an dem in der Planzeichnung (Teil A) mit (L) gekennzeichneten Standorten die Errichtung eines Werbeplakats mit einer Grundfläche von 15 m².
 - Innere des festgesetzten Sonstigen Sondergebietes „Großflächiger Einzelhandelsbetrieb - Nahversorgung“ sind bauliche Anlagen für Telekommunikationsdienstleistungen als Sende- und Empfangsanlagen gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO unzulässig, wenn diese Hauptteile der gewerblichen Nutzung des Betreibers sind. Diese Unzulässigkeit gilt auch für fernmeldetechnische Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 2 BauNVO, soweit diese Hauptteile der gewerblichen Nutzung sind.
 - Innere des festgesetzten Sonstigen Sondergebietes „Großflächiger Einzelhandelsbetrieb - Nahversorgung“ sind außerhalb der überbaubaren Fläche auch Flächen von Dienstleistungsbetrieben (wie z. B. Paketdienste oder ähnliche Dienstleistungen) grundsätzlich zulässig, die jedoch insgesamt eine Grundfläche von 25 m² nicht überschreiten dürfen.

- #### 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
- ##### 2.1 Höhe baulicher Anlagen (§ 16 Abs. 3 Nr. 2 i. V. m. § 19 Abs. 1 BauNVO)
- Die in der Nutzungsschablone der Planzeichnung (Teil A) festgesetzte maximale zulässige Höhe baulicher Anlagen ist bei Gebäuden mit geneigten Dächern die Firsthöhe (FH max.). Der untere Höhenbezugspunkt wird mit 47,50 m über NN festgesetzt.
 - Die Errichtung von Sonnenkollektoren ist innerhalb des Sonstigen Sondergebietes „Großflächiger Einzelhandelsbetrieb - Nahversorgung“ auf dem Dach des Hauptbaukörpers allgemein zulässig.
 - Überschreitung der Bauhöhen (§ 16 Abs. 6 BauNVO und § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO i. V. m. § 31 Abs. 1 BauGB) Innerhalb des Sonstigen Sondergebietes „Großflächiger Einzelhandelsbetrieb - Nahversorgung“ kann die festgesetzte höchstzulässige Höhe baulicher Anlagen ausnahmsweise um bis zu 2,0 m ausschließlich für technisch notwendige Aufbauten (z. B. Brandschutztürer, Lüftungsanlagen, Wärmegewinnung und sonstige notwendige technische Einrichtungen und Anlagen) als untergeordnete Bauteile auf bis zu maximal 5 % der Grundfläche des betroffenen Hauptgebäudes überschritten werden. Hiervon ausgenommen sind die nach der Landesbauordnung angezeigten baulichen Anlagen, soweit örtliche erlassene Bauvorschriften dem nicht entgegenstehen.
- ##### 2.2 Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 BauGB) einschließlich der zulässigen Grundflächen von Stellplätzen und Garagen mit deren Zufahrten und Nebenanlagen (§ 19 Abs. 4 Satz 1 und 2 BauNVO)
- Innere des festgesetzten Sonstigen Sondergebietes „Großflächiger Einzelhandelsbetrieb - Nahversorgung“ darf abweichend von der in Bezug auf die höchstzulässige Grundfläche für bauliche Anlagen nach § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO geltende 50%-Regelung die Grundfläche derart überschritten werden, dass zusammen mit den Hauptgebäuden eine Gesamt-GRZ von maximal 0,8 zulässig ist. Eine Überschreitung dieser so genannten „Kappungs Grenze“ von 0,8 ist nicht zulässig.
- ##### 2.3 Ausnahmen von den überbaubaren Grundstücksflächen (§ 23 Abs. 2 Satz 3 BauNVO i. V. m. § 31 Abs. 1 BauGB)
- Die Überschreitung der zu den Stellplatzflächen und zur Anlieferungszone festgesetzten Baugrenzen ist unter Beachtung der Abstandsflächen nach der LBO für die Errichtung von offenen Vordächern oder Überdachungen zum Schutz der Eingangsbereiche und der Anlieferungszone oder sonstiger Bewegungszone sowie durch vertikale, Gebäudegliedernde Elemente bis zu einer Tiefe von 1,5 m grundsätzlich zulässig.
- #### 3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 22 Abs. 4 BauNVO)
- Die festgesetzten Sonstigen Sondergebiete „Großflächiger Einzelhandelsbetrieb - Nahversorgung“ mit einer festgesetzten abweichenden Bauweise > a sind Gebäude gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO in offener Bauweise mit Gebäudehöhen über 50 m zulässig.
- #### 4. Stellplätze und Garagen mit deren Zufahrten und Nebenanlagen (§ 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO und § 14 Abs. 1 BauNVO)
- Der Nachweis und die Errichtung notwendiger Stellplätze sind innerhalb des festgesetzten Sonstigen Sondergebietes „Großflächiger Einzelhandelsbetrieb - Nahversorgung“ nachzuweisen und herzustellen. Zusätzlich ist eine Mitbenutzung der Stellplatzflächen auf dem südöstlichen angrenzenden Grundstücksteil Alte Landstraße Nr. 38 zulässig.
 - Die Errichtung von überdachten Abstellplätzen für Einkaufswagen oder Fahrräder als bauliche Nebenanlagen ist innerhalb der nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB planzeichnerisch festgesetzten Stellplatzflächen „St“ und der Fläche für Fahrräder und Nebenanlagen „F/Ne“ grundsätzlich zulässig.